

Lizenz: Günther Burbach, Free21, CC BY-NC-ND 4.0



Schröder mit Dmitri Medwedew und Patriarch Kyrill bei der Amtseinführung des russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin (2018). (Bild: kremlin.ru, CC BY 4.0)

Zwischen Moral und Diplomatie

Warum selbst Gespräche mit Moskau inzwischen Empörung auslösen.

Gerhard Schröder genügt inzwischen oft schon als Name, um politische Reflexe auszulösen. Kaum eine andere Figur der deutschen Nachkriegspolitik steht derzeit derart symbolisch für den Bruch zwischen der alten Ostpolitik und der neuen geopolitischen Konfrontation. Für die einen ist der ehemalige Bundeskanzler ein Relikt einer gescheiterten Russlandpolitik, für die anderen einer der letzten verbliebenen Gesprächskanäle nach Moskau. Genau darin liegt die eigentliche Brisanz der aktuellen Debatte. Denn während sich der Krieg in der Ukraine weiter festfährt, taucht plötzlich erneut eine Frage auf, die in Deutschland fast schon als unanständig gilt: Was wäre eigentlich so falsch daran, wenn jemand wie Schröder versucht zu vermitteln?

Allein diese Frage reicht inzwischen aus, um massive Empörung auszulösen. Noch bevor überhaupt geklärt wäre, ob Gespräche irgendeine Aussicht auf Erfolg hätten, beginnt bereits die moralische Sortierung. Wer diplomatische Kontakte fordert, gerät schnell unter Verdacht. Wer Gesprächsbereitschaft

signalisiert, gilt vielen bereits als naiv oder politisch verdächtig. Die Debatte folgt dabei zunehmend einem Muster, das sich seit Beginn des Ukrainekrieges immer stärker verfestigt hat: Nicht nur Russland wird zum Feind erklärt, sondern teilweise bereits die Idee von Verhandlungen selbst.

Dabei gehört es eigentlich zu den historischen Grundregeln internationaler Politik, dass Kriege irgendwann durch Gespräche beendet werden. Das war im Kalten Krieg nicht anders als in zahlreichen anderen Konflikten des 20. Jahrhunderts. Selbst auf dem Höhepunkt nuklearer Spannungen existierten Kommunikationskanäle zwischen Washington und Moskau. Niemand wäre damals auf die Idee gekommen, Diplomatie als Zeichen moralischer Schwäche zu betrachten. Im Gegenteil: Gerade weil die Gefahr einer Eskalation so groß war, galt die Fähigkeit zum Gespräch als strategische Notwendigkeit.

Heute scheint sich diese Logik teilweise umzukehren. Statt diplomatische Optionen zumindest offen zu halten, entsteht

Autor: Günther Burbach

Günther Burbach ist Schlosser und Schweißer und hat anschließend eine Ausbildung zum Informatikkaufmann gemacht. Nach Jahren im Stahlbau arbeitete Burbach dann als Informatikkaufmann unter anderem bei der Telekom. Er schreibt unter anderem für den Lokalkompass der Funke-Mediengruppe.



zunehmend der Eindruck, als müsse bereits die Bereitschaft zu Gesprächen politisch gerechtfertigt werden. Wer Verhandlungen fordert, wird häufig so behandelt, als relativiere er automatisch russische Kriegsverbrechen oder stelle sich gegen die Ukraine. Doch genau diese Verkürzung macht die Debatte inzwischen so problematisch. Denn zwischen einer politischen Bewertung des russischen Angriffskrieges und der Frage, ob man dennoch reden muss, besteht ein fundamentaler Unterschied.

Gerhard Schröder steht dabei wie kaum ein anderer für diesen Konflikt. Seine Nähe zu Wladimir Putin ist seit Jahren bekannt. Seine Tätigkeiten für russische Staatsunternehmen haben ihm massive Kritik eingebracht. Viele politische Weggefährten distanzieren sich von ihm, Ehrungen wurden aberkannt, Parteifreunde erklärten ihn faktisch zur Belastung. In weiten Teilen der deutschen Öffentlichkeit gilt Schröder längst als politisch erledigt. Und dennoch taucht sein Name immer wieder auf, sobald es um mögliche Gesprächskanäle nach Moskau geht.

Das liegt nicht daran, dass plötzlich alle seine politische Rolle rehabilitieren möchten. Es liegt daran, dass Diplomatie nicht nach Sympathie funktioniert. Historisch waren es oft gerade umstrittene Figuren, die in festgefahrenen Konflikten noch Zugang besaßen. Gespräche entstehen selten zwischen politischen Freunden. Sie entstehen meist dort, wo offizielle Beziehungen bereits beschädigt sind und persönliche Kontakte wichtiger werden als öffentliche Erklärungen.

Genau deshalb wirkt die aktuelle Diskussion so widersprüchlich. Einerseits betonen westliche Regierungen immer wieder, dass man langfristig eine politische Lösung brauche. Andererseits wird gleichzeitig fast jeder Gesprächskanal diskreditiert, sobald er nicht perfekt in das eigene moralische Raster passt. Doch wer soll denn überhaupt noch mit Moskau reden? Politiker, die Russland seit Jahren ausschließlich in maximaler Konfrontation beschreiben? Kommentatoren, die jede diplomatische Öffnung sofort als Kapitulation darstellen? Militärstrategen, die öffentlich erklären, Russland müsse dauerhaft geschwächt werden? Aus Sicht

des Kremls dürften viele dieser Personen kaum als glaubwürdige Vermittler erscheinen.

Gerade deshalb bekommt Schröders Rolle überhaupt erst politische Bedeutung. Nicht weil er allgemein beliebt wäre, sondern weil er noch Kontakte besitzt, die andere längst verloren haben. Man muss ihn dafür weder bewundern noch politisch rehabilitieren. Die entscheidende Frage lautet vielmehr: Ist es wirklich klug, vorhandene Gesprächskanäle aus rein symbolischen Gründen ungenutzt zu lassen?

Die Härte, mit der Teile der deutschen Debatte inzwischen auf jede diplomatische Initiative reagieren, offenbart dabei noch ein tieferes Problem. Über Jahre hinweg beruhte die deutsche Russlandpolitik auf wirtschaftlicher Verflechtung, Energiepartnerschaften und dem Gedanken, dass gegenseitige Abhängigkeiten Stabilität schaffen könnten. Diese Politik wurde keineswegs nur von Schröder getragen. Sie war über lange Zeit Konsens großer Teile der politischen und wirtschaftlichen Elite Deutschlands. Nord Stream wurde nicht heimlich gebaut, sondern mit breiter politischer Unterstützung vorangetrieben. Zahlreiche deutsche Unternehmen investierten in Russland. Energiepartnerschaften galten als Ausdruck strategischer Vernunft.

Mit dem Ukrainekrieg zerbrach dieses Modell innerhalb kürzester Zeit. Viele politische Akteure versuchten daraufhin, die eigene frühere Rolle möglichst schnell aus dem öffentlichen Gedächtnis verschwinden zu lassen. Schröder wurde dabei zunehmend zur Symbolfigur einer gesamten Epoche erklärt. Fast so, als ließe sich die Verantwortung für jahrzehntelange Russlandpolitik auf eine einzelne Person konzentrieren. Doch genau diese Personalisierung verhindert oft eine nüchterne Analyse der eigentlichen Lage.

Denn unabhängig davon, wie man Schröders politische Entscheidungen bewertet, bleibt die Realität bestehen: Russland existiert weiterhin. Die größte Atommacht der Welt verschwindet nicht dadurch, dass man Gesprächskanäle kappt. Auch geopolitische Konflikte lösen sich nicht allein durch öffentliche Härtebekundungen. Und vor allem endet ein Krieg

nicht automatisch deshalb, weil eine Seite moralisch im Recht ist.

Genau an diesem Punkt beginnt die unbequeme Seite der Debatte. Denn je länger der Krieg dauert, desto deutlicher wird, dass weder Russland noch die Ukraine kurzfristig ihre Maximalziele erreichen dürften. Gleichzeitig steigen die menschlichen, wirtschaftlichen und geopolitischen Kosten weiter an. Europa erlebt eine massive Aufrüstung, die politische Sprache wird zunehmend militärischer, und selbst in Deutschland verschiebt sich der öffentliche Diskurs spürbar.

Begriffe wie „Kriegstüchtigkeit“ oder „Zeitenwende“ markieren inzwischen eine neue politische Normalität.

Umso erstaunlicher wirkt es, dass ausgerechnet diplomatische Initiativen häufig reflexartig abgewertet werden. Dabei müsste gerade in einer solchen Situation jedes ernsthafte Gesprächsangebot zumindest geprüft werden. Niemand behauptet, dass Schröder den Krieg beenden könnte. Niemand weiß, ob Moskau tatsächlich kompromissbereit wäre. Vielleicht würde Putin ihn tatsächlich nur instrumentalisieren. Vielleicht gäbe es überhaupt keine realistische Grundlage für Verhandlungen. Doch all das kann man erst beurteilen, wenn überhaupt gesprochen wird.

Die kategorische Ablehnung möglicher Vermittler wirkt deshalb zunehmend selbst ideologisch. Sie vermittelt den Eindruck, als sei bereits die Suche nach Gesprächen politisch verdächtig geworden. Genau darin liegt jedoch eine gefährliche Entwicklung. Denn wenn Kriege nur noch unter moralischen Gesichtspunkten betrachtet werden, verliert Politik ihren eigentlichen Handlungsspielraum. Diplomatie wird dann nicht mehr als Instrument zur Schadensbegrenzung verstanden, sondern als moralisches Problem.

Dabei zeigt gerade die Geschichte Europas, dass Friedensprozesse selten zwischen moralisch einwandfreien Partnern entstehen. Die großen Entspannungsphasen des Kalten Krieges entstanden nicht deshalb, weil plötzlich Einigkeit herrsch-

te, sondern weil beide Seiten begriffen, dass dauerhafte Eskalation irgendwann außer Kontrolle geraten kann. Auch Willy Brandts Ostpolitik wurde einst massiv kritisiert. Gegner warfen ihr Naivität und gefährliche Nähe zur Sowjetunion vor. Heute gilt sie vielen als historische Leistung.

Natürlich lassen sich historische Situationen nicht einfach übertragen. Der Ukrainekrieg besitzt eigene Dynamiken und eigene Verantwortlichkeiten. Doch die grundsätzliche Frage bleibt dieselbe: Wie beendet man einen Krieg, wenn irgendwann ohnehin geredet werden muss?

Genau deshalb greift die aktuelle Debatte um Schröder eigentlich viel tiefer. Es geht längst nicht mehr nur um einen ehemaligen Kanzler. Es geht um die Frage, ob Europa überhaupt noch ernsthaft an diplomatische Lösungen glaubt oder ob sich der politische Raum bereits so stark polarisiert hat, dass Verhandlungen nur noch als Zeichen von Schwäche wahrgenommen werden.

Die politische Atmosphäre der vergangenen Jahre hat dabei sichtbar Spuren hinterlassen. Öffentliche Debatten verlaufen zunehmend entlang moralischer Frontlinien. Wer maximale Härte fordert, gilt als entschlossen. Wer Gespräche fordert, muss sich oft rechtfertigen. Diese Dynamik verändert langfristig auch den politischen Handlungsspiel-

raum. Denn wenn jede diplomatische Öffnung sofort als Verrat interpretiert wird, entsteht eine Situation, in der Regierungen kaum noch flexibel agieren können, ohne innenpolitisch unter Druck zu geraten.

Gerade deshalb wäre es vielleicht sinnvoll, die Diskussion wieder stärker zu entemotionalisieren. Man muss weder Putin vertrauen noch Schröder bewundern, um anzuerkennen, dass Diplomatie häufig über unperfekte Figuren läuft. Politik besteht nicht darin, ideale Gesprächspartner auszuwählen. Politik besteht darin, mit realen Machtverhältnissen umzugehen.

Und genau dort liegt die eigentliche Herausforderung der kommenden Jahre. Europa wird sich entscheiden müssen, ob es dauerhaft in einer Logik zunehmender Konfrontation verharren will oder ob irgendwann wieder ernsthafte diplomatische Initiativen entstehen sollen. Vielleicht wird Schröder dabei keine Rolle spielen. Vielleicht scheitert jeder Versuch. Doch allein die Vorstellung, mögliche Gesprächskanäle aus symbolischen Gründen vollständig auszuschließen, wirkt angesichts der geopolitischen Lage zunehmend riskant.

Denn die eigentliche Frage lautet am Ende nicht, ob man Gerhard Schröder mag. Die eigentliche Frage lautet, ob Europa noch weiß, wie Kriege beendet werden.

Quellen:

Schröder äußert sich zu Russland, Putin und Diplomatie – DIE ZEIT
<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2026-01/russland-gerhard-schroeder-wladimir-putin>

Putin bringt Schröder als möglichen Vermittler ins Gespräch – ZDF heute
<https://www.zdfheute.de/politik/ausland/putin-schroeder-vermittler-gespraech-selenskyj-ukraine-krieg-russland-100.html>

Schröders Russland-Verbindungen und Nord-Stream-Komplex – stern
<https://www.stern.de/politik/deutschland/gerhard-schroeder-sagt-aus--die-erinnerungsluecken-des-alkanzlers-36139308.html>

NATO-Russland-Grundakte und historische Gesprächskanäle des Kalten Krieges – NATO
https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_25468.htm